

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 48.

zu Nr. 29 des Hauptblattes.

1931.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

27. Sitzung.

Dienstag, den 3. Februar 1931.

Präsident Wedel eröffnet die Sitzung 13 Uhr 6 Minuten.

Am Regierungstisch die Staatsminister Richter und Dr. Mannsfeld mit weiteren Regierungsvertretern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Siegel (Komm.) zu den Einsprüchen der nationalsozialistischen Abgeordneten für die kommunistische Fraktion folgende Erklärung ab:

In der Tagespresse, insbesondere der Presse der SPD wurde die Zustimmung der kommunistischen Landtagsfraktion zu dem Einspruch des Abgeordneten Dönike ausgenützt, um in demagogischer Art die Kommunisten als Bundesgenossen der Nationalsozialisten hinzustellen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Politik der SPD gegenüber dem Faschismus ist der breitesten Öffentlichkeit bekannt. Jeder Arbeiter weiß, daß die SPD allein einen wirklichen Kampf gegen den Faschismus führt

(Gelächter b. d. Soz.) und die wehrhafte Massenpolitik gegen den Faschismus organisiert.

(Zuruf b. d. Soz.: So seht Ihr aus!)

Die SPD weist die demagogischen Bemerkungen der Presse zurück. Sie stimmt für den Protest Dönikes aus ihrer Stellung zum Parlamentarismus und ihrer Einstellung gegen die Geschäftsordnung des Landtages.

Aus diesem Grunde wird sie auch heute dem Einspruch des Abg. Lasch zustimmen.

(Hört, hört! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschp.): Im Namen der Fraktionen der Reichspartei des deutschen Mittelstandes, der Deutschen Volkspartei, des Sächsischen Landvolkes, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Staatspartei, der Volkrechtspartei, des Christlich-sozialen Volksbundes, der Volksnationalen Vereinigung und der konservativen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben:

In der Landtagsitzung vom 29. Januar d. J. wurde über einen Einspruch des nationalsozialistischen Abg. Dönike gegen seinen Ausschluß aus der Sitzung vom 27. Januar entschieden. Der Einspruch wurde verworfen. Auch die bürgerlichen Parteien stimmten für die Verwerfung, weil die Maßnahme des Präsidenten durch das geschäftsordnungswidrige Verhalten des Abg. Dönike gerechtfertigt war. Diese Haltung der Bürgerlichen nahm der nationalsozialistische Abg. Lasch zum Anlaß für den Ausruf: „Bürgerliches Lumpengefindel!“

(Hört, hört! b. d. Soz.)

Daß dieser Ausruf tatsächlich gebraucht ist, steht nach dem Zeugnis mehrerer Abgeordneter einwandfrei fest.

(Hört, hört! b. d. Soz.)

Hierfür wurde der Abg. Lasch vom Landtagspräsidenten des Saales verwiesen. Sämtliche bürgerliche Fraktionen des Landtags weisen die unerhörte Beleidigung des Bürgerturns durch einen nationalsozialistischen Abgeordneten mit aller Schärfe zurück.

Punkt 1 der Tagesordnung wird folgendermaßen nominiert:

- 1a. Einspruch des Abg. Lasch gegen seinen Ausschluß.
- 1b. Wahl des 2. Stellvertretenden Präsidenten.
- 1c. Anfrage des Abg. Krudt u. Gen. wegen der nationalsozialistischen Ausschreitungen in Großenhain, Baußen und anderen Orten. (Drucksache Nr. 265.)

Die übrigen Tagesordnungspunkte bleiben.

Punkt 1a: Einspruch des Abg. Lasch gegen seinen Ausschluß in der letzten Sitzung.

Der Einspruch des Herrn Abg. Lasch (Natf.) lautet folgendermaßen:

Gegen den Ausschluß aus der Sitzung vom 29. Januar durch den Präsidenten Wedel erhebe ich hiermit Einspruch.

Begründung:

1. Meine Äußerung war nicht, wie vom Präsidenten mitgeteilt, „Ihr bürgerliches Lumpengefindel“, sondern: „Ihr Lumpengefindel!“

(Lachen b. d. Soz.) Ich kann nur annehmen, daß meine Äußerung mit denen meiner Parteifreunde, wie „Also auch die Bürgerlichen“, „Seht euch einmal die Bürgerlichen an“ usw. in Verbindung gebracht worden ist;

2. Mit meiner Äußerung „Ihr Lumpengefindel“ habe ich kein Mitglied dieses Hauses beleidigen wollen (Gelächter u. Zuruf b. d. Soz.: Er zeichnet sich selber!), sondern nur meine Empörung über die Einstellung gewisser Parteien bei Ablehnung des Einspruches Dönikes kundgeben wollen;

3. habe ich die Äußerung erst in der Tür, also nach dem Verlassen des Sitzungssaales getan. Von meinem Ausschluß erfuhr ich erst durch meinen Parteifreund Kunz, der als Vizepräsident noch im Saale anwesend war.

Der Einspruch wird gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Punkt 1b: Wahl eines zweiten Stellvertretenden Präsidenten.

Abg. Kaiser (Wirtschp.) schlägt den Abg. Hentschel (Wirtschp.) und Abg. Kenner (Komm.) den Abg. Herrmann (Leipzig) (Komm.) zum zweiten stellvertretenden Präsidenten vor.

Von 76 abgegebenen Stimmen entfallen auf Hentschel 31, auf Bretschneider (D. Stp.) 34 und auf Herrmann 11 Stimmen.

In der sich notwendig machenden Stichwahl werden 75 Stimmzettel abgegeben: Davon entfallen auf den Abg. Bretschneider (D. Stp.) 35 Stimmen, auf den Abg. Hentschel (Wirtschp.) 30 Stimmen, auf den Abg. Herrmann (Leipzig) (Komm.) 10 Stimmen.

Damit ist Herr Abg. Bretschneider als zweiter Vizepräsident gewählt und nimmt die Wahl an.

(Abg. Mad [D. Sp.]: Das ist das demokratische Wehrheitsprinzip! — Abg. Siegel: Jetzt wird es gut, der Landtag unter dem Schutze von Pastoren und Schulmeistern!)

Punkt 2 der Tagesordnung: Anfrage des Abg. Krudt u. Gen. wegen der nationalsozialistischen Ausschreitungen in Großenhain, Baußen und anderen Orten. (Drucksache Nr. 265.)

Die Anfrage Nr. 265 lautet:

Am Sonntag, den 18. Januar 1931, haben die Nationalsozialisten anlässlich ihres Brigadetreffens in Baußen das Gewerkschaftshaus angegriffen. Dabei sind Türen eingeschlagen und verschiedene Zuschauer sowie Polizeibeamte geschlagen und verletzt worden. Der Pächter der Wirtschaft des Gewerkschaftshauses hatte auf Grund von Vorkommnissen in anderen Städten lange vor dem Überfall die Polizei um Sicherungsmaßnahmen gebeten. Dieser Schutz ist nicht geleistet worden. Erst nach dem Überfall durch die Nationalsozialisten sind Polizeibeamte zur Sicherung des Gewerkschaftshauses abgeordnet worden.

Am Montag, den 19. Januar 1931, ist es in Großenhain zu schweren Ausschreitungen der Nationalsozialisten gekommen. Der Führer des Großenhainer Reichsbanners, Jöllner, wurde von etwa 15 bis 20 Nationalsozialisten überfallen und mit gefährlichen Instrumenten derart geschlagen, daß er mit blutüberströmtem Kopf und Oberkörper in eine Hausflur flüchten mußte, wo er zusammenbrach. Später überfielen die Nationalsozialisten das Gewerkschaftsheim. Ihre von auswärts nach Großenhain dirigierten Stottrupps benutzten Stöckel und zertrümmerten ein in der Nähe befindliches eisernes Geländer, um Schlagwaffen zu erhalten. Etwa zehn Reichsbannerleute wurden verletzt, darunter vier schwer. Sie haben lebensgefährliche Stichwunden in Leib, Rücken und Hals erhalten. Von den Nationalsozialisten wurde scharf geschossen. Die Fensterheben des Gewerkschaftsheims im Erdgeschoß wurden durch Steinwürfe völlig zertrümmert. Erst nach dem Überfall griff die Polizei ein, obwohl bereits nach den ersten Ausschreitungen der Nationalsozialisten Schutzpolizei aus Riela in Großenhain eingetroffen war.

Ebenfalls am 19. Januar 1931 konnte, obwohl gleichfalls ein Überfallkommando der Baußener Schutzpolizei anwesend war, nach einer Versammlung in Kirchau ein Angriff bewaffneter Baußener Nationalsozialisten auf friedliche Versammlungsteilnehmer und auf unbeteiligte Passanten erfolgen. Vier Versammlungsteilnehmer und unbeteiligte Personen — darunter ein 65-jähriger Einwohner, der mit seiner Frau nach Hause gehen wollte — wurden schwer verletzt.

Schwere Ausschreitungen verschuldeten die Nationalsozialisten am 20. Januar 1931 in Brodowiz. Ihre von auswärts beorderten Stottrupps überfielen die in eine Versammlung Einlaß begehrende Masse mit gefährlichen Wordinstrumenten zahlreiche Verwundete — darunter Schwerverletzte — blieben als Opfer des nationalsozialistischen Überfalls.

Wir fragen die Regierung:

- a) Was gedenkt sie zu tun, um die Bevölkerung vor diesem gemeingefährlichen Treiben zu schützen?
- b) Wird sie die Polizei anweisen, den Schutz der friedlichen Bevölkerung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen?

Abg. Edel (Soz. — zur Begründung. — Die Nationalsozialisten verlassen geschlossen den Saal, ebenso ein großer Teil der bürgerlichen Abgeordneten.) Wir erleben vorhin durch die Erklärung der Nationalsozialisten ein Beispiel von mangelndem Mut, das sich nunmehr in dem Auszug der Nationalsozialisten aus diesem Saale fortsetzt. Was wir kritisieren, ist, daß ein Überfall der Nationalsozialisten nach dem anderen aus dem Hinterhalt auf Arbeiter erfolgt ist; mit Risigabeln, Beilen und heißen Wasser sind — nach einem Bericht des „Berliner Tageblatt“ vom 2. Februar — Nationalsozialisten auf einen Propagandenzug des Reichsbanners losgegangen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Seit der Silvesternacht, seit dem feigen Mord an dem Reichsbannermann Schneider,

der den Massenprotest in ganz Deutschland ausgelöst hat, vergeht kein Tag, von dem nicht Mord- und Raubüberfälle der Nationalsozialisten auf Arbeiter gemeldet werden müßten. Wir stehen mitten im Bürgerkrieg, so kann man ohne Übertreibung sagen, und unsere Anfrage ist aus diesem großen Kampf nur ein Ausschnitt, zeitlich und örtlich begrenzt. Wir haben im wesentlichen Vorgänge unter die kritische Lupe zu nehmen, die in einigen Tagen aufeinander gefolgt sind und die in Sachsen im Bezirk Ostschlesien spielen. Die Nationalsozialisten pochen ja fortgesetzt, seit Hitler sich vor dem Reichstag legal geschworen hat, auf ihre Legalität. Aber jeder Tag bringt neue blutdürstige Reden der Führer der Nationalsozialisten, z. B. des Herrn Göbbels, und die Ausführung der Pläne durch die Mordkolonnen, die gewonnen sind und die dann auf die Arbeiter losgelassen werden.

Daß die Arbeiterklasse zunächst diesen feigen Überfällen gegenüber nicht genügend gerüstet gewesen ist, so daß viele Opfer gefallen sind, gereicht wahrhaftig den Arbeitern nicht zur Unehre, denn sie konnten ja nicht damit rechnen, daß eine solche Unsicherheit des öffentlichen Lebens eintreten würde. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben ja bisher nicht annehmen können, daß wir Zustände wie auf dem Balkan haben. Wir jammern gewiß nicht. Wenn wir diese Anfrage stellen, so nicht aus Schwäche. Aber weil wir es nötig haben, anzuklagen, benützen wir die Tribüne des Landtags, um auch die Gemeinheiten, die systematische Kette von Brutaltaten hier dem Lande zu unterbreiten, denen die Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Die Kampfmethoden — das möchte ich im allgemeinen meiner speziellen Betrachtung noch voranstellen — haben im Laufe der Jahre gewechselt, mit denen die Arbeit gegen die republikanische Entwicklung und die sozialistische Arbeiterschaft geleistet worden ist. Was wir jetzt sehen und wogegen wir uns wehren müssen, das ist die Tatsache, daß es sich nicht mehr um einen politischen Kampf mit politischen Mitteln handelt, sondern daß Banditen nach Landsknechtmethoden bezahlt werden (Sehr wahr! b. d. Soz.), ausgerüstet werden (Lebhaftes Sehr richtig! b. d. Soz.) und losgelassen werden gegen die zivilisierte Bevölkerung, gegen die Arbeiterklasse im besonderen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Tatsache, daß die Hefe des Volkes, daß gewisse Arbeitslose, die nicht organisiert waren, käuflich sind für die Nationalsozialisten, die ist es, die das ganze öffentliche Leben vergiften muß. Und wie fälschlich und jämmerlich für die bürgerlichen Parteien ist es, die sie sich von einem Lasch sagen lassen müssen: „Ihr bürgerliches Lumpengefindel“, dieselben Parteien, die es nicht als unter ihrer Würde angesehen haben, wegen eines solchen Mannes, wie des Abg. Kunz und dessen Wahl zum stellv. Präsidenten, den Führer der Volkspartei, Dr. Bläher, in die Wüste zu schicken! Zwei Seelen wohnen immer noch in der Brust mander Parteien, und sie können sich nicht aufraffen zum Kampf gegen ein offensichtliches Rowdytum, weil das speziell sächsisch orientierte Unternehmertum es so haben will, es so für besser hält, weil gewisse Schichten des sächsischen Bürgertums selbst halb faschistisch sind, und weil sie, wie auch der Reichszentraler Dr. Brüning ihren Spiegel vorhalten mußte, der faschistischen Ideologie nachhängen, daß es nur darauf ankomme, Deutschland von den Tributlasten und das deutsche Unternehmertum von den sozialen Lasten zu befreien, dann werde es besser werden. Weil das sächsische Unternehmertum ganz besonders krauterhaft ist und nicht die großen Zusammenhänge der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft erkennen kann, deswegen diese jämmerliche Einstellung, die es den Nationalsozialisten erst möglich gemacht hat, sich unverdammt und frech und zum Schrecken des ganzen Landes aufzuführen!

Daraus leiten wir die drei Notwendigkeiten ab, mit denen wir den Kampf gegen diese Verrohung des politischen Lebens führen müssen. Wir sagen, es ist zum ersten nötig, daß, wenn wir die gegenwärtige politische Krise überwinden wollen, der Kampf gegen die soziale und wirtschaftliche Unnatur des Kapitalismus geführt wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zum zweiten ist es nötig, daß wir die Staatsgewalt nicht den Händen der Faschisten ausliefern (Sehr richtig! b. d. Soz.), wie die Kommunisten meinen, daß es besonders klug wäre. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, daß die Staatsgewalt mobilisiert werden muß zum Kampf gegen Gemeinheit und Rowdytum. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir sind nicht Gegner der Polizei schlechthin. Wir sind aber Gegner der Faschisierung der Polizei, sind dann Gegner der Polizei, wenn sie ihre Pflicht nicht tut im Kampfe für die Republik und zum Schutze der zivilisierten Bevölkerung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn ein Lehrer bei der Polizei in Quidau zugleich Standarten- und Sturmführer der Nazis ist (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Soz.), dann ist das ein typischer Fall von den vielen, wie es nicht sein sollte, denn ein solcher Standartenführer der Nazis kann doch nicht der rechte Erzieher der jugendlichen Polizeimannschaften sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Darum sind wir zum dritten der Meinung, daß wir über diese Pflicht der Staatsgewalt hinaus die Pflicht der Arbeiterschaft selbst zur Abwehr und zur Mobilisierung der Kräfte betonen müssen. Nicht, daß wir damit zum politischen Kampfe provozieren wollen, sich in großen Deklamationen und in sinnlosen Angriffen zu ergehen, aber, wenn die Arbeiterklasse angegriffen wird, ist es nötig, daß sie alle Abwehrkräfte zusammenrafft.

Und diese Notwendigkeiten werden durch die Erscheinungen bedingt, die wir im engsten Wirkungsbereich selber